

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

16. WP - 32. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. September 2007, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

i. V. von Hartmut Hamerich

Detlef Buder (SPD)

i. V. von Ulrike Rodust

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Schießanlage in Warder</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/2227	
hierzu: Schreiben der Bürgerinitiative „Naturpark ohne Umweltverschmutzung“ e.V. vom 16. Juni 2007 Umdruck 16/2405	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1224	
(überwiesen am 22. Februar 2007)	
hierzu: Umdrucke 16/1850 und 16/2165	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und anderer wasserrechtlicher Vorschriften</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1455	
(überwiesen am 13. Juli 2007)	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Anerkennung und Überwachung von Untersuchungsstellen nach § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1472	
(überwiesen am 13. Juli 2007)	
<b>5. Marktgerechtes Angebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1160	
(überwiesen am 24. Januar 2007)	

- 6. Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein** **12**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1379
- (überwiesen am 10. Mai 2007)
- 7. Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern** **13**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1378
- Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1396
- (überwiesen am 11. Mai 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt-  
und Agrarausschuss)
- 8. Ausschussreise** **14**
- hier: - Termin im April 2008 (15. oder 16. KW)  
- Reisemittel (Flug oder Bahn)
- 9. Verschiedenes** **15**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Schießanlage in Warder**

Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umdruck 16/2227

hierzu: Schreiben der Bürgerinitiative „Naturpark ohne Umweltverschmutzung“ e.V. vom 16. Juni 2007  
Umdruck 16/2405

M Dr. von Boetticher gibt in groben Zügen den aus Umdruck 16/2405 ersichtlichen Bericht ab.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen wiederholt M Dr. von Boetticher, dass zunächst die Ergebnisse der eingeleiteten Untersuchungen abzuwarten seien, bevor eventuell weitere Maßnahmen ergriffen werden könnten. Schätzungsweise werde dies vier bis sechs Monate Zeit in Anspruch nehmen. Eine Verbesserung des Gewässerbestandes gebe es schon deshalb - so M Dr. von Boetticher auf eine Frage des Abg. Harms -, weil nunmehr auf ein Schießen in das Gewässer verzichtet werde. Auch eine Einrichtung als Naturpark gäbe dem Gesetzgeber keine Möglichkeit des Handelns. Würden nämlich Parameter nachträglich verändert, habe das zunächst einmal keine Auswirkungen auf den Bestandsschutz.

Abg. Ehlers führt aus, unbestritten sei, dass viele Bürger die Betreibung des Schießstandes als Lärmbelästigung empfänden. Daraufhin erläutert Herr Brückner, die Schießrichtung nehme erheblichen Einfluss auf den Lärm am Standort. Dazu gebe es Aussagen eines Schallgutachters. Der Landesregierung lägen keine Informationen vor, dass Emissionsschutzwerte verletzt würden.

Abg. Ehlers und Matthiessen stellen Fragen nach dem Bodenschutzrecht. Hier legt Frau Dr. Kuhnt dar, würden Gefahren nachgewiesen und müssten Maßnahmen zur Beseitigung derselben durchgeführt werden, habe zunächst mal der Pflichtige die Kosten zu tragen. Es gebe allerdings auch ein höchstgerichtliches Urteil, nach dem die Belastungsgrenze beim Grundstückswert liege.

Abg. Hildebrand fragt nach dem Zustand von Schießplätzen im Land allgemein. Hier macht Frau Dr. Kuhnt deutlich, dass es Unterschiede gebe. Insgesamt gebe es in Schleswig-Holstein 53 Anlagen. Die Kreise hätten Hinweise vom Land erhalten, wie Prüfungen durchzuführen seien. Es sei aber Aufgabe der zuständigen Behörden, diese Flächen - wie andere als altlastige Flächen auch - zu untersuchen. Zunächst sei eine Auskartierung der Schadensschwerpunkte vorgesehen.

Abg. Matthiessen kommt auf die Frage der Standortwahl der Schießanlage in Warder zu sprechen. M Dr. von Boetticher macht darauf aufmerksam, dass es durchaus Unterschiede zwischen einer subjektiven und einer rechtlichen Beeinträchtigung gebe. Die emissionschutzrechtliche Genehmigung der Schießanlage in Warder sei 2002 erteilt worden. Die Werte würden überprüft. In der Auswertung der Ergebnisse würden gegebenenfalls weitere Schritte eingeleitet.

Herr Brückner erläutert, dass Schießanlagen nur im Außenbereich verwirklichtbar seien, und dort privilegiert. Das sei in Warder der Fall. Im Übrigen - so ergänzt M Dr. von Boetticher - handele es sich um einen privaten Betreiber, der zunächst einmal Bestandsschutz geltend machen könne.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Bitte, den Ausschuss über neue Erkenntnisse zu informieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1224

(überwiesen am 22. Februar 2007)

hierzu: Umdrucke 16/1850 und 16/2165

Die Vertreter der Großen Koalition beantragen, die Beratung wegen internen Beratungsbedarfs hinsichtlich der Zulässigkeit eines Tierschutz-Verbandsklagerechts auf Landesebene zurückzustellen.

Abg. Hildebrand plädiert dafür, schriftliche Stellungnahmen einzuholen, um auf der Grundlage dieser eine bessere Beratung durchführen zu können. Abg. Harms unterstützt diese Auffassung.

Der Ausschuss kommt mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, den Gesetzentwurf zunächst zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und anderer wasserrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1455

(überwiesen am 13. Juli 2007)

Auf Vorschlag von Abg. Nabel beschließt der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen abgegeben werden sollen, wird der 15. August 2007 festgelegt.

Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführerin am Rande der nächsten Plenartagung benannt werden.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Anerkennung und Überwachung von Untersuchungsstellen nach § 18 des Bundesbodenschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1472

(überwiesen am 13. Juli 2007)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Marktgerechtes Angebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1160

(überwiesen am 24. Januar 2007)

Der Ausschuss diskutiert grundsätzlich über das Thema marktgerechtes Angebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln, Qualitätsmerkmale, Verwertungsstrategien, Produktsiegel und Produktion von einheimischen Biowaren.

M Dr. von Boetticher berichtet, dass alle Anträge auf Umstellung abgearbeitet hätten werden können. Die Prognose für das nächste Jahr lasse nichts anderes erwarten. Insofern entspreche die Landesregierung dem, was in dem Antrag gefordert werde, voll umfänglich.

Auf Nachfragen von Abg. Matthiessen bestätigt M Dr. von Boetticher, dass alle Anträge auf Erteilung von Umstellungs- und Beibehaltungsprämien beschieden worden seien. Die genaue Anzahl der geförderten Betriebe und die Höhe der Förderbeträge werde er dem Ausschuss schriftlich nachreichen. Er hebt hervor, dass die Förderung im norddeutschen Verbund geschehe, und zwar sowohl die Beibehaltungs- als auch die Umstellungsförderung, auch wenn er sich persönlich eher dafür ausspreche, auf die Beibehaltungsförderung zu verzichten und nur Umstellungen zu fördern.

Abg. Harms spricht Pressemitteilungen an, nach denen die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln deutschlandweit nicht mehr mit einheimischen Produkten befriedigt werden könne, und regt an, ein Konzept zu erstellen, um ökologische Landwirtschaft zu fördern.

M Dr. von Boetticher betont, dass es keinen schleswig-holsteinischen Markt für Bioprodukte gebe. Angemessene Preise im Bereich der ökologischen Landwirtschaft könnten derzeit nur deshalb erzielt werden, weil Produktionsverknappung bestehe. Im Übrigen verweist er auf die allgemeinen Regeln der Marktwirtschaft und die sich auf dem Markt ständig verändernden Bedingungen.

Auch Abg. Hildebrand hält es für sinnvoll, nicht in den Markt einzugreifen.

Abg. Ehlers weist darauf hin, dass die Standards im Rahmen der deutschen ökologischen Landwirtschaft andere seien als die nach der europäischen Richtlinie.

Abg. Matthiessen macht darauf aufmerksam, dass es einen europäisch definierten Standard für Ökolandbau gebe. Ferner verweist er auf die unterschiedliche Vermarktung zwischen Produkten aus dem konventionellen Landbau und dem ökologischen Bereich.

Abg. Harms fragt nach einem Bioherkunftssiegel.

Abg. Dr. Höppner vertritt die Auffassung, es gebe keine Veranlassung, die hohen Kriterien, die an den Biolandbau angelegt würden, niedriger anzulegen. Diese Kriterien stellten Prämiensicherheit und eine Hochpreisigkeit sicher.

Abg. Nabel vertritt die Ansicht, dass es sicherlich immer einen Prämienbereich im Bereich der Landwirtschaft geben werde. Wenn sich mehr Betriebe dafür interessierten, sei das Land sicherlich in der Lage, entsprechend zu fördern. Im Übrigen bezweifelt er die Notwendigkeit weiterer Zertifikate und merkt dazu an, dass entsprechende Initiativen dazu traditionell aus der Region heraus entwickelt würden.

M Dr. von Boetticher führt aus, in der Regel gingen die ausländischen Produkte zunächst in den Discountbereich. Im Ausland herrschten häufig Förderbedingungen, mit denen in Deutschland nicht mithalten werden könne. Die Stärken Schleswig-Holsteins lägen im hochpreisigen Segment. Werde hier übermäßig gefördert, werde gewissermaßen „der Preis verdorben“.

Abg. Matthiessen hält den Antrag aufrecht und beantragt Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1379

(überwiesen am 10. Mai 2007)

M Dr. von Boetticher legt dar, die durch sein Ministerium angeforderte Stellungnahme des Finanzministeriums liege noch nicht vor. Er schlägt vor, diese zunächst abzuwarten.

Abg. Hildebrand und Abg. Harms regen an, in den Antrag auch das PEFC-Siegel aufzunehmen.

Bei einer Enthaltung kommt der Ausschuss überein, den Antrag zurückzustellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1378

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1396

(überwiesen am 11. Mai 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Wirtschaftsausschuss dem Landtag empfiehlt, Drucksache 16/1396 Nr. 3 - Antrag der Abgeordneten des SSW -, anzunehmen und die übrigen Teile des Antrags sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1378, zurückzustellen.

Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Ausschuss dem Votum des Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP an.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Ausschussreise**

hier: - Termin im April 2008 (15. oder 16. KW)  
- Reisemittel (Flug oder Bahn)

Als Termin für die Ausschussreise legt der Ausschuss die 16. Kalenderwoche 2008 fest.

Über ein Reisemittel wollen sich die Mitglieder des Ausschusses am Rande der nächsten Plenartagung verständigen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss nimmt die vorläufige Planung der Ausschusssitzung im Zusammenhang mit der NORLA zur Kenntnis.

Die Ausschussmitglieder beauftragen die Geschäftsführerin, Eintrittskarten zu besorgen.

- b) Der Ausschuss nimmt das Ergebnis einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages entgegen, wonach auch die Mitarbeiter der Fraktionen nicht öffentliche Unterlagen erhalten können.
- c) Darüber, ob Mitarbeiter von Fraktionen an nicht öffentlichen Ausschusssitzungen teilnehmen können, will der Ausschuss von Fall zu Fall entscheiden.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin